

**Niederschrift**  
**über die Sitzung der Bezirksvertretung Stieghorst**  
**am 21.02.2019**

Tagungsort: Friedrich Wilhelm Murnau-Gesamtschule (Forum Haus 2)  
Beginn: 17:00 Uhr  
Sitzungspause:  
Ende: 20:05 Uhr

**Anwesend:**

**Vorsitz**

Herr Reinhard Schäffer - Bezirksbürgermeister

**CDU**

Herr Bernd Henrichsmeier

Herr Gerhard Henrichsmeier - stellv. Bezirksbürgermeister (RM)

Herr Klaus-Dieter Hoffmann

Herr Simon Lange

Herr Günter Möller

Herr Werner Thole - Vors. / RM

Herr Achim Tölke

**SPD**

Frau Ingeborg Abendroth

Herr Nesrettin Akay - Vors.

Herr Tobias Beckord

Frau Ursula Fecke

Frau Melanie Grbeva

**Bündnis 90/Die Grünen**

Herr Marc Burauen - Vors.

Herr Roland Lasche

bis 18.55 Uhr

**Die Linke**

Herr Hans-Dietmar Hölscher

**Fraktions- bzw. gruppenloses Mitglied**

Herr Karl-Hermann Vagt

Gäste

Frau Kopischke	Gutachterbüro Junker+Kruse	(zu TOP 10)
----------------	----------------------------	-------------

Von der Verwaltung

Herr Lewald	Dezernat Wirtschaft/ Stadtentwicklung/ Mobilität	(zu TOP 5.1)
Frau Loh	Bauamt	(zu TOP 9)
Herr Dodenhoff	Bauamt	(zu TOP 9 und 14.2)
Frau Thenhaus	Bauamt	(zu TOP 10)
Frau Duffert	Amt für Jugend und Familie -Jugendamt-	(zu TOP 11)
Herr Bergen	Büro für integrierte Sozialplanung und Prävention	(zu TOP 12)
Herr Skarabis	Bezirksamt Heepen	
Herr Bittner	Bezirksamt Heepen	
Frau Machnik	Bezirksamt Heepen	(Schriftführerin)

Ratsmitglieder, die im Stadtbezirk wohnen oder dort kandidiert habenFDP

Herr Jan Maik Schliffler	bis 19.15 Uhr
--------------------------	---------------

Zuhörer in der nichtöffentlichen Sitzung:

-/-

## **Öffentliche Sitzung:**

### **Vor Eintritt in die Tagesordnung:**

Herr Bezirksbürgermeister Schäffer eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Er gratuliert Herrn stellvertretenden Bezirksbürgermeister Henrichsmeier nachträglich zu seinem besonderen Geburtstag und überreicht ihm einen Blumenstrauß.

Es erfolgt der Hinweis, dass die Wortbeiträge in der Sitzung mittels eines Aufnahmegerätes aufgezeichnet werden.

Herr Lasche (Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen) begründet die Dringlichkeit des Punktes „Stadtteilküche“, der zusätzlich auf die Tagesordnung gesetzt werden soll. Die bereits in der letzten Sitzung behandelte Vorlage sei seines Wissens nicht erfolgreich im Betriebsausschuss Immobilienservicebetrieb verhandelt worden. Er befürchte eine weitere zeitliche Verzögerung und möchte dazu Informationen von dem anwesenden Vertreter der Fachverwaltung einholen, insbesondere hinsichtlich der Auswirkungen auf die bewilligten Fördermittel für das Projekt.

Zur Tagesordnung fasst die Bezirksvertretung Stieghorst sodann folgenden

### **B e s c h l u s s:**

**1. Als Dringlichkeitspunkt wird als TOP 14.2 in die Tagesordnung aufgenommen:**

„Stadtteilküche“.

**2. Die zeitliche Behandlung erfolgt nach TOP 9 der Tagesordnung.**

**3. Der bisherige TOP 14 wird TOP 14.1.**

- einstimmig beschlossen -

Die Tagesordnung in der geänderten Form wird wie folgt abgehandelt:

### **Zu Punkt 1      Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner des Stadtbezirks Stieghorst**

#### *a) Löschwasserversorgung im Bereich Feldkamp in Ubbedissen*

Eine Anwohnerin der Straße Feldkamp verweist auf den Brand eines Hauses am Feldkamp und die Presseberichte über den nicht ausreichenden Wasserdruck bei den Löscharbeiten. Sie befürchtet, dass Schäden an Gebäuden und trocken gefallene Brunnen durch eine Absenkung des Grundwasserspiegels hervorgerufen worden seien, und fragt nach, in welcher Menge die Firmen Wüllner und Mitsubishi Papers Wasser entnehmen dürfen. Sie möchte auch wissen, wie sich dies auf die Wassersituation im Wohnbereich Feldkamp auswirke.

Herr Bezirksbürgermeister Schäffer sagt die Weitergabe der Frage an die Verwaltung zu.

Ein weiterer Anwohner beschwert sich über das Verhalten der Feuerwehr vor Ort. Er versichert, dass zeitweise tatsächlich kein Wasser zur Brandbekämpfung vorhanden gewesen sei. Er möchte daher konkrete Informationen von der Feuerwehr, ob bei einem weiteren Brandfall die Löschwasserversorgung ausreichend sei. Allein die Versicherung, dass dies der Fall sei, reiche ihm nicht aus.

Herr Bezirksbürgermeister Schäffer sagt die Weitergabe an die Feuerwehr zu.

*b) Nutzung des Sportplatzes Hillegossen*

Ein Einwohner des Stadtbezirks Stieghorst fragt nach dem aktuellen Stand der Pläne bezüglich der künftigen Nutzung des Sportplatzes an der Grundschule Hillegossen.

Herr Skarabis verweist auf die Berichterstattung der Verwaltung zu dem Thema in der letzten Sitzung der Bezirksvertretung und sichert eine Übersendung eines Protokollauszuges zu dem Tagesordnungspunkt zu. Auf weitere Nachfrage erläutert Herr Skarabis, dass eine Aufnahme des Themas in die Tagesordnung der laufenden Sitzung nicht möglich sei.

Herr Bezirksbürgermeister Schäffer verweist auf die Möglichkeit die Vertreterinnen und Vertreter der Parteien anzusprechen und auf diesem Wege Einfluss zu nehmen.

Weitere Einwohnerinnen und Einwohner des Stadtbezirks fragen, wie die Planung weitergehe und setzen sich für den Erhalt des Sportplatzes in der bisherigen Größe ein.

Herr Bezirksbürgermeister Schäffer verweist auf eine geplante Wohnbauung. Diese befinde sich aber noch in einem frühen Planungsstadium.

Ein Antrag auf Aufnahme in die Tagesordnung der nächsten Sitzung wird aus dem Gremium angekündigt.

Da keine weiteren Fragen von Einwohnerinnen und Einwohnern gestellt werden, schließt Herr Bezirksbürgermeister Schäffer die Einwohnerfragestunde.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

\* BV Stieghorst - 21.02.2019 - öffentlich - TOP 1 \*

---

**Zu Punkt 2**      **Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift**

**Zu Punkt 2.1**      **Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die  
36. Sitzung der Bezirksvertretung Stieghorst am 02.10.2018  
(Gemeinsame Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses mit  
allen Bezirksvertretungen)**

Ohne Aussprache ergeht folgender

**B e s c h l u s s:**

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 36. Sitzung der Bezirksvertretung Stieghorst am 02.10.2018 (Gemeinsame Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses mit allen Bezirksvertretungen) wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

\* BV Stieghorst - 21.02.2019 - öffentlich - TOP 2.1 \*

-.-.-

**Zu Punkt 2.2**      **Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die  
40. Sitzung der Bezirksvertretung Stieghorst am 17.01.2019**

Ohne Aussprache ergeht folgender

**B e s c h l u s s:**

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 40. Sitzung der Bezirksvertretung Stieghorst am 17.01.2019 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig bei einigen Enthaltungen beschlossen -

\* BV Stieghorst - 21.02.2019 - öffentlich - TOP 2.2 \*

-.-.-

## Zu Punkt 3 Mitteilungen

### I. Schriftliche Mitteilungen

#### 3.1 **4. Änderung „Stadtteilküche Sieker“ des Bebauungsplanes III/4/46.01 „Greifswalder Straße“ (BV Stieghorst, 15.11.2018, TOP 8)**

---

In dem Bebauungsplanverfahren wurde der Aufstellungsbeschluss gefasst.

Zur frühzeitigen öffentlichen Beteiligung fand am 16.01.2019 eine öffentliche Unterrichtung der Bürgerinnen und Bürger in der Friedrich Wilhelm Murnau-Gesamtschule, Am Wortkamp 3, statt.

Den Mitteilungen beigefügt ist der Vermerk des Bauamtes über den Verlauf der Veranstaltung.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

\* BV Stieghorst - 21.02.2019 - öffentlich - TOP 3.1\*

-.-.-

#### 3.2 **Bevölkerungsentwicklung im Stadtbezirk Stieghorst 1973 – 2018**

Die nach statistischen Bezirken differenzierte Übersicht über die Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung wurde vom Presseamt/ Statistikstelle für die Stadt Bielefeld fortgeschrieben. Den Mitteilungen beigefügt sind die teilweise veränderte Einteilung der Statistikbezirke und die Bevölkerungsentwicklung für den Stadtbezirk Stieghorst.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

\* BV Stieghorst - 21.02.2019 - öffentlich - TOP 3.2\*

-.-.-

#### 3.3 **Förderung des Bildungsprojektes „BildungswegStärkung“**

Den Mitteilungen beigefügt ist eine Information des Amtes für Schule vom 10.01.2019 für den Schul- und Sportausschuss sowie den Jugendhilfeausschuss. Es werden Fördermittel des Landes zu dem o. a. Bildungsprojekt u. a. für das INSEK-Gebiet Sieker-Mitte erwartet.

*Herr Lasche (Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen) bittet um weitere Informationen. Ihm sei nicht klar, wie die Unterstützung der Kinder und Jugendlichen erfolgen soll und welcher Träger dies übernehme. Er fragt nach, ob das in Aussicht gestellte Geld in die KiTas oder das Freizeitzentrum fließen kann, da hier ein genauerer Blick auf die Kinder und Jugendlichen erfolgen könne.*

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

\* BV Stieghorst - 21.02.2019 - öffentlich - TOP 3.3\*

-.-.-

**3.4 Sondermittel 2019**

Den Mitteilungen beigefügt ist ein weiterer Antrag auf einen Zuschuss aus den bezirklichen Sondermitteln für das Jahr 2019, der im Bezirksamt eingegangen ist.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

\* BV Stieghorst - 21.02.2019 - öffentlich - TOP 3.4\*

-.-.-

**3.5 Kulturveranstaltungen im Freizeitzentrum Stieghorst**

Den Mitteilungen beigefügt ist eine Übersicht über die geplanten Kulturveranstaltungen im Freizeitzentrum Stieghorst für das 1. Halbjahr 2019.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

\* BV Stieghorst - 21.02.2019 - öffentlich - TOP 3.5\*

-.-.-

**3.6 Beseitigung der bei der Bereisung 2017 festgestellten Mängel am Osningstadion (BV Stieghorst, 22.02.2018, TOP 21.2)**

Den Mitteilungen beigefügt ist eine aktuelle Information des Immobilienservicebetriebes zum Sachstand.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

\* BV Stieghorst - 21.02.2019 - öffentlich - TOP 3.6\*

-.-.-

**3.7 Mehrkosten Kreisverkehrsplatz Detmolder Straße/ Oerlinghauser Straße/ Obere Hillegosser Straße (BV Stieghorst, 17.01.2019, TOP 5.3)**

In der letzten Sitzung ist ein Antrag der CDU-Fraktion beschlossen worden, der die Erläuterung des Mehrkostenbetrages für den o. a. Kreisverkehrsplatz fordert.

Den Mitteilungen beigefügt ist eine Aufstellung des Amtes für Verkehr zu den Einzelbeträgen.

*Herr Thole (Vorsitzender CDU-Fraktion) vermisst eine Begründung, warum die Mehrkosten entstanden seien. Vorher sei zweimal von der Verwaltung mitgeteilt worden, dass keine Mehrkosten entstehen. Unklar sei auch, welche externen Planungsleistungen gemeint seien. Die Antwort sei für ihn daher nicht akzeptabel.*

*Herr Akay (Vorsitzender SPD-Fraktion) bittet um Klärung, warum nicht alle Arbeiten zur Schadensbeseitigung im Rahmen der Gewährleistung übernommen wurden.*

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

\* BV Stieghorst - 21.02.2019 - öffentlich - TOP 3.7\*

---

## **II. Mündliche Mitteilungen**

### **3.8 Geh- und Radweg und Verkehr Detmolder Straße zwischen Sieker und Hillegossen -Anregung gem. § 24 GO- (BV Stieghorst, 06.09.2018, TOP 6)**

---

Herr Skarabis verweist auf den vor der Sitzung verteilten Zwischenbericht des Amtes für Verkehr zu der Anregung nach § 24 Gemeindeordnung NRW.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

\* BV Stieghorst - 21.02.2019 - öffentlich - TOP 3.8\*

---

### **3.9 Amphibienschutzmaßnahmen 2019 im Stadtbezirk Stieghorst**

---

Herr Skarabis verweist auf die vor der Sitzung verteilte Information des Umweltamtes vom 15.02.2019 zu den beabsichtigten Amphibienschutzmaßnahmen im Stadtbezirk.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

\* BV Stieghorst - 21.02.2019 - öffentlich - TOP 3.9\*

---

### **3.10 Ort der bewegten Begegnung/ Einrichtung eines Fitnessparcours -Anregung gem. § 24 GO- (BV Stieghorst, 04.10.2018, TOP 11)**

---

Zu der o. a. Anregung hat das Umweltamt mit Schreiben vom 19.02.2019 eine Zwischenmitteilung gegeben. Herr Skarabis verweist auf die vor der Sitzung verteilte Information.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

\* BV Stieghorst - 21.02.2019 - öffentlich - TOP 3.10\*

---



Herr Akay (Vorsitzender SPD-Fraktion) vermisst eine Mitteilung zu den Ergebnissen aus dem Schadstoffgutachten für die Häuser an der Sperberstraße, das von der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) in Auftrag gegeben worden sei (BV Stieghorst, 17.01.2019, TOP 7).

Herr Skarabis teilt mit, dass die Prüfung der Ergebnisse innerhalb der Verwaltung noch nicht abgeschlossen sei.

#### **Zu Punkt 4      Anfragen**

##### **Zu Punkt 4.1      Siedlung Alter Dreisch**

###### Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 8068/2014-2020

Herr Bezirksbürgermeister Schäffer verweist auf die Anfrage der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen und der Partei Die Linke:

*„Welche Möglichkeiten hat das Bauamt die in dem Gespräch vom 09.10.2018 von Herrn Illmann im Namen der IWG zugesagten Gespräche mit der Bürgerinitiative Alter Dreisch durchzusetzen?“*

Vor der Sitzung ist die Antwort des Bauamtes als Tischvorlage verteilt worden:

*„Im dem Gespräch am 09.10.2018 hatte Frau Cooper von der Bürgerinitiative gegenüber der IWG eine Mieterversammlung angeregt.*

*Eine derartige Mieterversammlung hatte die IWG für Anfang 2019 zugesagt. Hier sollte der beauftragte Architekt u. a. die Instandhaltungs- und Modernisierungsmaßnahmen vorstellen und erläutern.*

*Auch die Verwaltung hält eine derartige Veranstaltung für sehr wichtig, nicht nur, um mehr Transparenz in die Baumaßnahmen und deren Abläufe zu bringen, sondern auch um das Vertrauensverhältnis zwischen Bewohnerschaft und Vermieter zu verbessern.*

*Eine rechtliche Verpflichtung des Vermieters zur Durchführung einer Mieterversammlung besteht jedoch nicht. Die schriftliche Modernisierungsankündigung nach §§ 555 c und 559 ff BGB reicht formal aus. Die Verwaltung hat daher keine Möglichkeit, die IWG zu einer Mieterversammlung zu veranlassen.*

*Der Verwaltung ist auch nicht bekannt, ob die Bürgerinitiative zwischenzeitlich die IWG erneut zur Durchführung einer Versammlung aufgefordert hat.“*

Herr Akay (Vorsitzender SPD-Fraktion) verweist auf das Protokoll des genannten Gespräches, das der Bezirksvertretung in der Sitzung am 15.11.2018 vorgelegt wurde. Zwischenzeitlich finde keine „gesunde Kommunikation“ zwischen der IWG und den Mieterinnen und Mietern mehr statt. Die Bürgerinitiative habe große Bedenken, ob die vom Ver-

mieter angekündigten Maßnahmen, die Herr Akay beispielhaft aufzählt, alle erforderlich seien. Die angekündigte Bewohnerversammlung, an der der Architekt teilnehmen solle, habe bisher nicht stattgefunden. Es solle daher versucht werden, die Beteiligten zu einem erneuten Gespräch zusammen zu bringen. Er bittet die Verwaltung, alles zu unternehmen um die Parteien zusammenzubringen.

Herr stellvertretender Bezirksbürgermeister Henrichsmeier stellt fest, dass das Gespräch seinerzeit auf sachlicher Ebene geführt wurde. Er hoffe weiterhin auf eine Gesprächsbereitschaft der IWG und des beauftragten Architekten. Jede Wohnung sei in einem anderen Zustand; insofern biete sich an, die einzelnen Wohnungen zu besichtigen und die erforderlichen Maßnahmen mit den Bewohnerinnen und Bewohnern zu besprechen.

Herr Burauen (Vorsitzender Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen) ist der Ansicht, dass eine Hinhaltenaktik betrieben werde. Es seien sinnlose Baumaßnahmen angekündigt worden. Er drückt sein Unverständnis darüber aus, dass angesichts eines Leerstandes von bis zu 50 Wohnungen von der Verwaltung nichts unternommen werde.

Herr Hölscher (Die Linke) verweist auf die Zusagen des Vermieters in dem Gespräch am 09.10.2018. Es solle aus seiner Sicht ein deutliches Signal gegeben werden, dass diese einzuhalten seien. Er fordert, dass mindestens der Bezirksbürgermeister und sein Stellvertreter gegenüber der IWG schriftlich initiativ werden sollten.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

\* BV Stieghorst - 21.02.2019 - öffentlich - TOP 4.1 \*

-.-.-

## Zu Punkt 4.2

### **Baugebiet "Gaststätte Siekmann - Detmolder Straße/ Käferweg"**

#### Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 8052/2014-2020

Herr Bezirksbürgermeister Schäffer verweist auf den Wortlaut der Anfrage:

*„Liegen dem Bauamt für die Bauvorhaben auf dem Gelände der Gaststätte Siekmann Bauanträge vor? Ist eventuell schon ein Baubeginn absehbar?“*

Herr Akay (Vorsitzender SPD-Fraktion) erläutert den Hintergrund der Anfrage dahingehend, dass bereits mehr als anderthalb Jahre seit dem Satzungsbeschluss vergangen seien und die Baumaßnahme, obwohl ein Teil der Bestandsgebäude unter Denkmalschutz steht, immer noch nicht realisiert wurde. Es werde in der Bevölkerung bereits vermutet, dass das Vorhaben bewusst verzögert werde, um den denkmalgeschützten Gebäudeteil verfallen zu lassen.

Herr Skarabis verweist auf die Antwort des Bauamtes, dass am 19.11.2018 die Genehmigung für zwei Mehrfamilienhäuser neben der Gaststätte Siekmann mit jeweils 8 Wohneinheiten und gemeinsamer Tiefgarage mit 16 Einstellplätzen und 8 Stellplätzen im Freien erteilt worden sei. Ein Baubeginn sei noch nicht angezeigt worden.

Herr Akay (Vorsitzender SPD-Fraktion) zeigt sich nicht zufrieden mit dieser Auskunft und möchte einen Zeitplan für die Bebauung.

Herr Skarabis entgegnet, dass diese Information nur von dem Bauherren gegeben werden könne.

Herr Akay bittet dies zu erfragen.

Herr Burauen (Vorsitzender Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen) fragt nach, ob für den denkmalgeschützten Bereich auf dem Gelände Bausicherungsmaßnahmen erfolgen können.

Herr Skarabis erläutert, dass die Beantwortung dieser neuen Anfrage erst in der nächsten Sitzung möglich sei.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

\* BV Stieghorst - 21.02.2019 - öffentlich - TOP 4.2 \*

-.-.-

## **Zu Punkt 5 Behandlung der unerledigten Punkte der letzten Tagesordnung**

### **Zu Punkt 5.1 Mobilitätsstrategie für Bielefeld**

#### Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 7236/2014-2020/1

Herr Bezirksbürgermeister Schäffer begrüßt Herrn Lewald aus dem Dezernat Wirtschaft, Stadtentwicklung, Mobilität zu diesem Tagesordnungspunkt, der für Fragen zur Verfügung steht.

Herr Thole (Vorsitzender CDU-Fraktion) formuliert für die CDU-Fraktion die Überzeugung, dass die Ziele, insbesondere eine Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs auf 25 %, nicht bis 2030 erreicht werden können.

Er erwarte eine Aussage dazu, wie die Verwaltung diese erreichen wolle. Ansonsten werde von seiner Fraktion keine Zustimmung erfolgen.

Herr Burauen (Vorsitzender Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen) zeigt sich erfreut über die Vorlage. Vieles sei aktuell noch nicht zu ermitteln, werde sich aber ergeben, wenn die Weiterentwicklung erfolge. Er vertraue auf ein Erreichen der Ziele, auch wenn diese aus heutiger Sicht sehr hoch gesteckt erscheinen.

Herr Lewald verweist auf die Vorlage und auf die beschriebene Strategie und die Ziele. Es werde gewissermaßen eine Vision beschrieben. In verschiedenen Arbeitskreisen seien sechs Leitziele erarbeitet worden. Konkrete Maßnahmen seien erst in einem zweiten Schritt zu formulieren, zu besprechen und politisch zu entscheiden.

Herr Lasche (Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen) sieht viele Ansätze. Es gehe darum zu einer Gleichberechtigung aller Verkehrsteilnehmer zu kommen.

Herr Lange (CDU-Fraktion) bezweifelt, dass Visionen hilfreich sind. Er fordert eine Aussage darüber, welches Konzept verfolgt werde, welche Straßen zurückgebaut werden, welche Kosten entstehen und welche KAG-Beiträge auf die Anlieger zukommen. Darauf fehlten bisher die Antworten. Zudem sei der Pendlerverkehr, der in Stieghorst hinzukomme, unberücksichtigt geblieben. In den angesprochenen Arbeitskreisen habe es deutlich andere Meinungen gegeben, die in der Vorlage nicht aufgenommen wurden.

Herr Akay (Vorsitzender SPD-Fraktion) zeigt sich überzeugt, dass Maßnahmen aus der Zielsetzung entwickelt werden können. Auch wenn die gesteckten Ziele nicht bis 2030 erreicht werden, sei er gespannt über die Umsetzung. Er signalisiert für seine Fraktion Zustimmung zu der Vorlage.

Herr Schlifter (FDP-Ratsmitglied) fragt nach, ob auch elektrisch angetriebene Autos, Roller und Fahrräder zum motorisierten Individualverkehr hinzugerechnet werden. Es sei wichtig, wie man schnell und sicher von A nach B komme. Auch er habe vernommen, dass in den Arbeitskreisen auch andere Meinungen vertreten waren. Er warnt vor einer Vorfestlegung.

Herr Hoffmann (CDU-Fraktion) schließt sich Herrn Lange und Herrn Schlifter an. Eine Strategie beinhalte nicht nur eine Festlegung von Zielen, sondern auch Maßnahmen. Er halte eine Vision nicht für ausreichend und befürchtet Maßnahmen, die nicht gewünscht seien.

Die weiteren Wortbeiträge zeigen nochmals die unterschiedlichen Standpunkte auf.

Herr Lewald stellt klar, dass im Prozess der Beteiligung keine einheitlichen Auffassungen in den Arbeitskreisen herrschten. Die Leitziele seien letztendlich mehrheitlich formuliert worden.

Auf den Einwand von Herrn Lange und Herrn Thole weist Herr Lewald auf Leitziel 4 der Vorlage hin, das beinhalte, dass auch der Berufspendlerverkehr bei künftigen Maßnahmen zu berücksichtigen sei.

Er führt aus, dass die angesprochene 25 %-Marke für die Gesamtstadt angestrebt werde. Dies könne in einigen Bezirken durchaus anders aussehen.

Auf die Nachfrage von Herrn Schlifter stellt Herr Lewald fest, dass die angesprochenen Autos und ggf. auch die Roller dem motorisierten Individualverkehr zuzurechnen seien. E-Bikes seien Fahrräder.

Er betont abschließend erneut, dass es um Zielsetzungen gehe, die konkreten Maßnahmen müssten noch erarbeitet werden.

Herr Thole stellt für die CDU-Fraktion einen Antrag mit folgendem Wortlaut:

*„Die Bezirksvertretung Stieghorst beauftragt die Verwaltung, den Erhalt eines Mindesterreichbarkeitsniveaus für den Stadtbezirk Stieghorst sicherzustellen.*

*Folgende Eckpunkte sind unbedingt zu beachten bzw. zu berücksichtigen:*

1. *Erhalt der Leistungsfähigkeit und Fahrspuren auf den wichtigsten Haupt- und Einfallstraßen (zumindest für die Detmolder Straße)*
2. *Erheblicher Ausbau von P+R-Parkplätzen um eine bessere Verknüpfung des Individualverkehrs mit dem ÖPNV zu ermöglichen*
3. *Förderung des ÖPNV-Angebots durch eine Taktverbesserung*
4. *Intelligente Verkehrslenkung und Verkehrsführung.“*

Herr Akay stellt fest, dass seine Fraktion derzeit dem Antrag nicht zustimmen könne, da noch nicht über konkrete Maßnahmen zu beschließen sei.

Herr Hoffmann kritisiert die Vorlage und zieht den Vergleich zu einer Regierungserklärung, die zunächst nur zur Kenntnis genommen werden könne. Eine Abstimmung werde erst erforderlich, wenn konkrete Maßnahmen vorgeschlagen werden.

Herr Bezirksbürgermeister Schäffer lässt über den Antrag der CDU-Fraktion abstimmen.

Es ergeht folgender

### **B e s c h l u s s:**

**Die Bezirksvertretung Stieghorst beauftragt die Verwaltung, den Erhalt eines Mindesterreichbarkeitsniveaus für den Stadtbezirk Stieghorst sicherzustellen.**

**Folgende Eckpunkte sind unbedingt zu beachten bzw. zu berücksichtigen:**

1. **Erhalt der Leistungsfähigkeit und Fahrspuren auf den wichtigsten Haupt- und Einfallstraßen (zumindest für die Detmolder Straße)**
2. **Erheblicher Ausbau von P+R-Parkplätzen um eine bessere Verknüpfung des Individualverkehrs mit dem ÖPNV zu ermöglichen**
3. **Förderung des ÖPNV-Angebots durch eine Taktverbesserung**
4. **Intelligente Verkehrslenkung und Verkehrsführung.**

Dafür: 8 Stimmen

Dagegen: 9 Stimmen

- mit Mehrheit abgelehnt –

Im Anschluss bittet Herr Bezirksbürgermeister Schäffer um Abstimmung über die Vorlage der Verwaltung.

Es ergeht folgender

### **B e s c h l u s s:**

1. Die Bezirksvertretungen und der Stadtentwicklungsausschuss empfehlen, der Rat beschließt folgende 6 Leitziele und Handlungsstrategien, die den derzeitigen Stand der verkehrs-, umwelt- und gesellschaftspolitischen Debatte in Bielefeld widerspiegeln und den Handlungsrahmen für eine veränderte Mobilitätspolitik im kommenden Jahrzehnt darstellen, mit dem der Anteil des Umweltverbunds am Gesamtverkehrsaufkommen bis 2030 auf 75 Prozent gesteigert werden soll:
  - Stadt- und Straßenräume lebenswert gestalten
  - Umweltverbund in einem vernetzten Verkehrssystem stärken
  - Gleichberechtigte Teilhabe aller Verkehrsteilnehmer sicherstellen
  - Erreichbarkeit für Bürger und Wirtschaft in Stadt und Region gewährleisten
  - Verkehrssicherheit erhöhen / „Vision Zero“
  - Negative Wirkungen des Verkehrs auf Gesundheit und Umwelt deutlich reduzieren
  
2. Die Verwaltung wird beauftragt, zur Fertigstellung des Mobilitätsplans Maßnahmen auszuwählen, zu priorisieren und zu Maßnahmenbündeln zusammenzufassen, eine Öffentlichkeitsbeteiligung zu konzipieren und durchzuführen, ein Monitoring- und Evaluationskonzept zur Fortschrittskontrolle zu erstellen sowie einem Aktionsplan mit Arbeitsschritten und eine Budgetplanung. Die zur Erarbeitung der vorliegenden Mobilitätsstrategie aufgebaute Arbeitsstruktur aus Projektleitungsteam und Arbeitskreis soll aufrecht erhalten bleiben.

Dafür: 9 Stimmen  
Dagegen: 8 Stimmen

- mit Mehrheit beschlossen -

\* BV Stieghorst - 21.02.2019 - öffentlich - TOP 5.1 \*

-.-.-

**Zu Punkt 6**      **Anträge**

Anträge der Fraktionen und Parteien liegen zur Sitzung nicht vor.

\* BV Stieghorst - 21.02.2019 - öffentlich - TOP 6 \*

---

**Zu Punkt 7**      **Verbesserung der Wegeverbindung parallel der Stadtbahnlinie  
3 zw. Otto-Brenner-Straße und Stieghorster Straße**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7189/2014-2020/1

Herr Bezirksbürgermeister Schäffer verweist auf die Informationsvorlage der Verwaltung.

Herr Akay (Vorsitzender SPD-Fraktion) bestätigt die Sichtweise, die die Verwaltung formuliert hat.

Herr Thole (Vorsitzender CDU-Fraktion) regt eine Beschlussfassung an.

Es ergeht folgender

**B e s c h l u s s:**

**Der weitere Raum, in dem Geh- und Radweg gemeinsam geführt werden sollen, bezieht sich auf den Abschnitt östlich der Lärmschutzwand östlich Elpke.**

- einstimmig beschlossen –

\* BV Stieghorst - 21.02.2019 - öffentlich - TOP 7 \*

---

**Zu Punkt 8**      **Kreisverkehrsplatz Detmolder Straße / Oerlinghauser Straße /  
Obere Hillegosser Straße**  
**Hier: Gestaltung der Kreisinsel**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7361/2014-2020/1

Herr Bezirksbürgermeister Schäffer verweist auf die Informationsvorlage der Verwaltung.

Herr Thole (Vorsitzender CDU-Fraktion) merkt an, dass in der Vorlage die Zusammensetzung der Kosten nicht ersichtlich sei.

Herr Skarabis erläutert, dass die insektenfreundliche Bepflanzung von der Verwaltung zugesichert werde. Die erforderliche Pflege sei einem Pflegelevel zugeordnet, der festgelegte Kosten vorsehe. Eine Verringerung der Kosten könne dann erzielt werden, wenn die vorgesehene Bepflanzung nicht erfolge.

Herr Akay (Vorsitzender SPD-Fraktion) schlägt vor, einen neuen Beschluss zu fassen, damit die Zustimmung zu der vorgeschlagenen Gestaltung eindeutig sei.

Herr Burauen (Vorsitzender Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen) bedankt sich ausdrücklich, dass die Verwaltung dem Wunsch der Bezirksvertretung nach einer insektenfreundlichen Bepflanzung Rechnung trage.

Es ergeht folgender

### **B e s c h l u s s:**

**Nach der Erläuterung aus der Drucksachenummer 7361/2014-2020/1 stimmt die Bezirksvertretung Stieghorst der Gestaltung der Kreisinsel des Kreisverkehrsplatzes Detmolder Straße/ Oerlinghauser Straße/ Obere Hillegosser Straße entsprechend der Ursprungsvorlage (Drucksachenummer 7361/2014-2020) vorbehaltlos zu.**

- einstimmig beschlossen –

\* BV Stieghorst - 21.02.2019 - öffentlich - TOP 8 \*

-.-.-

## **Zu Punkt 9**

**Neuaufstellung des Bebauungsplanes Nr. III/4/64.00 "Wohngebiet Sperberstraße"  
für den Bereich südlich der Oldentruper Straße, östlich der Otto-Brenner-Straße und nördlich des Stieghorster Friedhofs gemäß § 13a BauGB im beschleunigten Verfahren  
- Stadtbezirk Stieghorst -**

### **Aufstellungsbeschluss**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 7967/2014-2020

Herr Bezirksbürgermeister Schäffer begrüßt zur Berichterstattung Frau Loh und Herrn Dodenhoff vom Bauamt zu diesem Tagesordnungspunkt.



Frau Loh erläutert anhand einer Kurzpräsentation den Stand des Bebauungsplanverfahrens sowie die bestehende Bebauung des Bereiches anhand eines Luftbildes und das derzeit geltende Planungsrecht, das mit Bebauungsplan aus dem Jahre 1957 festgeschrieben wurde. Das beschlossene Konzept, welches in den öffentlichen Informationsveranstaltungen vorgestellt wurde, erfordere die Neuaufstellung des Bebauungsplanes. Der Geltungsbereich schließe die angrenzende Tankstelle und vier benachbarte Wohnhäuser ein und sei damit sinnvoll abgegrenzt.

Es besteht im Gremium Einvernehmen darüber, dass keine weitere Diskussion erforderlich sei, da alle Seiten ihren Standpunkt bereits klar dargestellt haben.

Herr Schlifter (FDP-Ratsmitglied) fragt nach einer möglichen Zeitschiene bis die ersten Häuser zu beziehen seien und wieviel Kapazitäten in dem Verfahren eingebunden werden.

Frau Loh führt aus, dass sie bisher allein in Person tätig sei, für die weiteren Verfahrensschritte aber insgesamt 2 Kräfte erforderlich seien. Ausgeschlossen sei aber nicht, dass ein externes Stadtplanungsbüro beauftragt werde. Bei günstigstem Verlauf dauere das Verfahren ein Jahr bis zum Satzungsbeschluss. Dies sei aber stark abhängig von den eingehenden Stellungnahmen und den erforderlichen Gutachten und werde im vorliegenden Falle nach ihrer Einschätzung länger dauern. Sie weist darauf hin, dass eine Baugenehmigung auch durchaus vor einem Satzungsbeschluss erteilt werden könne, wenn die Voraussetzungen gegeben seien.

Auf Nachfrage von Herrn Thole (Vorsitzender CDU-Fraktion) weist Herr Dodenhoff darauf hin, dass hinsichtlich des Kaufpreises sehr unterschiedliche Vorstellungen bei der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) und der Stadt Bielefeld bestehen. Derzeit solle eine Klärung beim oberen Gutachterausschuss des Landes Nordrhein-Westfalen erfolgen. Unabhängig von den künftigen Eigentumsverhältnissen sollen aber bereits jetzt die planungsrechtlichen Voraussetzungen für den Bereich Sperberstraße geschaffen werden, damit eine Neubebauung möglichst zügig begonnen werden könne.

Herr Burauen (Vorsitzender Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen) fragt angesichts des Leerstands der Wohnungen nach, ob es nicht möglich sei, in der zu erwartenden längeren Planungsphase eine befristete Zwischennutzung für Studentinnen und Studenten zu ermöglichen.

Herr Dodenhoff verweist darauf, dass mit der BImA insgesamt Gespräche über mögliche Zwischennutzungen geführt werden. So sei dies in Brackwede möglich geworden. Im Bereich der Sperberstraße sei die Schadstoffsituation weiterhin unklar. Grundsätzlich treffe die Entscheidung über eine Zwischennutzung aber der Eigentümer.

Herr stellvertretender Bezirksbürgermeister Henrichsmeier drückt angesichts der Wohnungsnot sein Unverständnis darüber aus, dass bezugsfertige Wohnungen jahrelang leer stehen.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen erfolgen, lässt Herr Bezirksbürgermeister Schäffer über die Beschlussvorlage der Verwaltung abstim-

men.

Es ergeht folgender

**B e s c h l u s s:**

1. Der Bebauungsplan Nr. III/4/64 „Wohngebiet Sperberstraße“ für das Gebiet südlich der Oldentruper Straße, östlich der Otto-Brenner-Straße und nördlich des Stieghorster Friedhofs ist im Sinne des § 30 Baugesetzbuch (BauGB) neu aufzustellen. Für die genauen Grenzen des Plangebiets ist die im Übersichtsplan mit blauer Farbe vorgenommene Umrandung verbindlich.
2. Die Aufstellung des Bebauungsplanes soll als beschleunigtes Verfahren gemäß § 13a (1) BauGB („Bebauungspläne der Innenentwicklung“) durchgeführt werden.
3. Der Aufstellungsbeschluss ist gemäß § 2 (1) BauGB öffentlich bekannt zu machen. Dabei ist gemäß § 13a (3) BauGB darauf hinzuweisen, dass die Aufstellung des Bebauungsplanes im beschleunigten Verfahren ohne Durchführung einer Umweltprüfung nach § 2 (4) BauGB erfolgt, wo sich die Öffentlichkeit über die allgemeinen Ziele und Zwecke sowie die wesentlichen Auswirkungen der Planung unterrichten kann und dass sich die Öffentlichkeit innerhalb einer bestimmten Frist zur Planung äußern kann.
4. Für die Neuaufstellung des Bebauungsplanes ist die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 (1) BauGB auf der Grundlage der in der Vorlage dargestellten allgemeinen Ziele und Zwecke der Planung durchzuführen.

Dafür: 9 Stimmen  
Dagegen: 8 Stimmen

- mit Mehrheit beschlossen –

\* BV Stieghorst - 21.02.2019 - öffentlich - TOP 9\*

-.-.-

**Zu Punkt 10****Fortschreibung des gesamtstädtischen Einzelhandels- und Zentrenkonzeptes**  
**Beschluss über die zukünftige Standortstruktur des Stadtbezirks Stieghorst**Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 8007/2014-2020

Herr Bezirksbürgermeister Schäffer begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Frau Thenhaus vom Bauamt und Frau Kopischke vom Gutachterbüro Junker+Kruse.

Frau Thenhaus erläutert einleitend die Notwendigkeit zur Fortschreibung des Einzelhandels- und Zentrenkonzeptes, da sich sowohl rechtliche Vorgaben als auch die Einzelhandelslandschaft in Bielefeld teilweise erheblich verändert haben. Aus dem Entwurf ergeben sich veränderte Festlegungen insbesondere für die Stadtbezirke.

Frau Kopischke trägt anhand einer Powerpoint-Präsentation ausführlich zu den Grundzügen des Konzeptes mit Standortstrukturmodell, den Ergebnissen der Beteiligung und den wesentlichen Änderungen durch die Fortschreibung vor. Aus bisher 17 Nahversorgungszentren sei etwa die Hälfte zu Nahversorgungsstandorten geworden, wie in Sieker und Ubbessen, da die Definitionskriterien nicht (mehr) erfüllt werden. In Hillegossen sei die Abgrenzung des zentralen Nahversorgungsbereiches angepasst worden. Der Sonderstandort Detmolder Straße sei angesichts der veränderten Situation in Einzelstandorte gegliedert worden. Nach Durchführung des Beteiligungsverfahrens sei in Hillegossen die Abgrenzung am LIDL-Markt um die Fläche erweitert worden, die bereits 2009 eingeschlossen war und eine Erweiterungsmöglichkeit des Marktes darstelle.

Herr Möller (CDU-Fraktion) fragt nach, ob es in Hillegossen bereits konkrete Anfragen zur Erweiterung des bestehenden LIDL-Marktes gebe und ob die angesprochene Fläche bereits im Eigentum des Marktbetreibers stehe.

Frau Thenhaus bestätigt ein entsprechendes Interesse; ein konkreter Antrag liege aber bisher nicht vor. Zu Grundstücksangelegenheiten könne öffentlich nichts gesagt werden.

Zum weiteren Verfahren erläutert Frau Thenhaus, dass ergänzende Empfehlungen aus den Bezirken abgewogen und in das Konzept eingearbeitet werden. Die Beratung in den politischen Gremien solle noch vor der Sommerpause abgeschlossen sein. Dann habe man ein städtebauliches Entwicklungskonzept, das als Beurteilungsgrundlage diene und erlaube, steuernd in bestimmte Prozesse einzugreifen.

Da keine weiteren Wortmeldungen erfolgen, bittet Herr Bezirksbürgermeister Schäffer um Abstimmung über die Beschlussvorlage der Verwaltung.

Es ergeht folgender

**B e s c h l u s s:**

1. **Den Anregungen und Bedenken aus der Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange / Nachbargemeinden analog §§ 3 f. BauGB, die den Stadtbezirk Stieghorst betreffen, wird entsprechend Anlagen A und B der Vorlage gefolgt bzw. nicht gefolgt. Der Einarbeitung in den Entwurf der Fortschreibung des Einzelhandels- und Zentrenkonzeptes wird zugestimmt.**
2. **Dem Entwurf zur Fortschreibung des gesamtstädtischen Einzelhandels- und e (Anlage C) wird zugestimmt.**

- einstimmig beschlossen –

\* BV Stieghorst - 21.02.2019 - öffentlich - TOP 10\*

-.-.-

**Zu Punkt 11**

**Planung der Tagesbetreuung zum Kindergartenjahr 2019/2020**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 8040/2014-2020

Herr Bezirksbürgermeister Schäffer begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Frau Duffert vom Amt für Jugend und Familie -Jugendamt-.

Frau Duffert erklärt, dass der vorgelegte Beschluss erforderlich sei, um die erforderlichen Plätze beim Land anzumelden und dafür eine Förderung zu erhalten. Sie erläutert allgemein die Vorlage und die besondere Förderung in den sogenannten plusKITAs. Angesichts eines weiteren Zuwachses der Zahl der Kinder unter 6 Jahren seien weitere Kindertagesstätten in Planung. In Stieghorst werde eine Vier-Gruppen-Kita an der Greifswalder Straße entstehen, die nach Angaben des Investors im Kindergartenjahr 2019/2020 in Betrieb gehen werde und somit in den vorgelegten Zahlen bereits berücksichtigt werde.

Die Versorgungsquote im Stadtbezirk Stieghorst habe sich nach Angaben von Frau Duffert positiv entwickelt. Es gebe aber noch Verbesserungsbedarfe, so dass weiterhin Standorte für Kindertageseinrichtungen, auch im Hinblick auf die Konversionsstandorte, gesucht werden.

Frau Duffert weist darauf hin, dass der Wortlaut des von der Verwaltung vorgeschlagenen Beschlusses abgeändert werden müsse. Erst nach Erstellung und Versand der Vorlage sei festgestellt worden, dass in der Anlage 2 auf Seite 3 bei zwei Kindertageseinrichtungen in Gadderbaum zwar die Anzahl der Plätze für Kinder mit Integrationsbedarf richtig ausgewiesen sei, in der letzten Spalte aber versehentlich nicht der dazugehörige Betrag

in Euro dargestellt werde. In der Folge sei auch der Gesamtbetrag für Integration auf Seite 1 der Anlage 2 nicht korrekt aufsummiert. Die korrigierte Anlage 2 sei daher als Tischvorlage vor der Sitzung verteilt worden.

Frau Duffert erläutert das in Sieker angelegte Projekt KiTa-Einstieg, das zugewanderten Familien den Einstieg in das hiesige Bildungs- und Erziehungssystem erleichtern soll, und weitere Besonderheiten und Förderungen in verschiedenen KiTas des Stadtbezirks Stieghorst.

Frau Grbeva (SPD-Fraktion) bedankt sich für den Vortrag von Frau Duffert und fragt, wie die Unterstützung bezogen auf die Stellen für Sprachförderung aussehe und ob hier speziell ausgebildete Kräfte tätig seien.

Frau Duffert erläutert, dass eine Förderung über das Kinderbildungsgesetz (KiBiz) pro KiTa mit 5.000 EUR/jährlich erfolge. Über das Bundesprogramm Sprach-Kitas werde die Einstellung besonders qualifizierter Kräfte ermöglicht. Zusätzlich erfolge die Sprachförderung in Sprachspielgruppen. Die KiTas Stralsunder Straße und Butterkamp profitieren davon.

Herr Akay (Vorsitzender SPD-Fraktion) stellt fest, dass die Versorgungsquote teilweise sehr gut sei, aber in Hillegossen nur 83 % betrage. Eine bessere Quote sei hier wünschenswert.

Frau Duffert weist darauf hin, dass nicht alle Eltern die Kinder im Ortsteil unterbringen, sondern dies im Rahmen der Einpendelung auf dem Arbeitsweg erfolge. Sie nehme dies aber gern zur Überprüfung mit.

Herr Bezirksbürgermeister Schäffer lässt über die Beschlussvorlage der Verwaltung unter Berücksichtigung der Korrekturen in Anlage 2 abstimmen.

Es ergeht folgender

### **B e s c h l u s s:**

**1. Der Jugendhilfeausschuss, die Beiräte und die Bezirksvertretungen stellen den durch die Jugendhilfeplanung und Trägergespräche ermittelten Bedarf an Betreuungsplätzen für das Kindergartenjahr 2019/2020 und deren Verteilung entsprechend der Anlagen 1 und 2 (in der durch die Tischvorlage geänderten Fassung), die Bestandteile des Beschlusses sind, fest und beauftragen die Fachverwaltung, diesen bis zum 15.03.2019 an den Landschaftsverband Westfalen-Lippe, LWL-Landesjugendamt zu melden:**

Gruppenform		Platzzahl* Tageseinrichtungen	davon unter 3 Jahre	davon über 3 Jahre	Platzzahl Tagespflege
I = Kinder im Alter von zwei Jahren bis zur Ein- schulung	Ia (25 Std.)	164	1.215	3.359	
	Ib (35 Std.)	1.910			

	Ic (45 Std.)	2.500			
II = Kinder im Alter von unter drei Jahren	Ila (25 Std.)	16	16		
	Ilb (35 Std.)	804	804		
	Ilc (45 Std.)	1.070	1.070		
III = Kinder im Alter von drei Jahren und älter	IIla (25 Std.)	418		418	
	IIlb (35 Std.)	2.841		2.841	
	IIlc (45 Std.)	3.084		3.084	
Summe		12.807	3.105	9.702	insgesamt 905 davon U3 762 Ü3 143

\*Abweichungen zwischen den beim Land anzumeldenden Plätzen (12.807 + 905 = 13.712) und der Gesamtzahl der Plätze (13.799) ergeben sich aus der Tatsache, dass 87 Plätze nicht über das Gesetz zur frühen Bildung und Förderung von Kindern (Kinderbildungsgesetz - KiBiz) gefördert werden und insofern bei der Meldung an das Land NRW keine Berücksichtigung finden können (72 Plätze in heilpädagogischen Gruppen und 15 Plätze in einer Kita, die vom Träger bzw. einem Betrieb frei finanziert werden).

2. Gegenüber dem Land NRW sind auf der Basis der zurzeit vorliegenden Bewilligungsbescheide des Landesjugendamtes 122 Plätze in Kitas für Kinder mit Behinderung (Integrationsplätze) anzumelden. Plätze für Kinder mit Behinderung in Tagespflege sind nach aktuellem Stand nicht anzumelden. Kinder mit Behinderung, für die zu einem späteren Zeitpunkt Bewilligungen durch das Landesjugendamt ausgesprochen werden, sind nachzumelden. Plätze für Schulkinder werden nicht angemeldet.

3. Die Verwaltung wird analog zur Regelung im Kindergartenjahr 2018/2019 beauftragt, die erforderliche haushaltsmäßige Umsetzung zu gegebener Zeit für das Haushaltsjahr 2020 vorzunehmen bzw. den Haushalt 2019 unter Berücksichtigung der Veränderungen umzusetzen.

4. Vorbehaltlich des Inkrafttretens der angekündigten Änderung des KiBiz zum 01.08.2019 beschließt der Jugendhilfeausschuss, die aufgrund der Beschlussvorlage Drucksachen-Nr. 7394/2009-2014 (Jugendhilfeausschuss vom 04.06.2014, TOP 6) für die Zeit vom 01.08.2014 bis 31.07.2019 als plusKITA (§ 16a KiBiz) bzw. als Kita mit zusätzlichem Sprachförderbedarf (§ 16b KiBiz) anerkannten Einrichtungen für ein weiteres Jahr bis 31.07.2020 entsprechend anzuerkennen. Die Verwaltung wird beauftragt, die damit verbundene Landesförderung auch im Kindergartenjahr 2019/2020 fortzusetzen.

- abweichend vom Beschlussvorschlag einstimmig beschlossen -

\* BV Stieghorst - 21.02.2019 - öffentlich - TOP 11 \*

---

## **Zu Punkt 12      Lebenslagenbericht 2017/2018**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7778/2014-2020

Herr Bezirksbürgermeister Schäffer begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn Bergen vom Büro für Integrierte Sozialplanung und Prävention.

Herr Bergen erläutert, dass der Lebenslagenbericht fortgeschrieben worden sei, um präventiv eingreifen zu können, wo dies erforderlich sei. Angesichts vieler sozialer Themen befasse sich der Lebenslagenbericht mit dem Schwerpunktthema Armut, insbesondere hinsichtlich Folgen, Wechselwirkungen und Ursachen.

Im Folgenden erklärt Herr Bergen den Aufbau des Berichtes, bevor er die Kernaussagen des Berichtes anhand einer Powerpoint-Präsentation erläutert und auf die Besonderheiten im Stadtbezirk Stieghorst eingeht. Abschließend gibt Herr Bergen einen Überblick über die aus den Ergebnissen resultierenden Maßnahmen und Initiativen.

Herr Bezirksbürgermeister Schäffer bedankt sich bei Herrn Bergen für den umfangreichen und informativen Vortrag.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

\* BV Stieghorst - 21.02.2019 - öffentlich - TOP 12 \*

---

## **Zu Punkt 13      Kulturprogramm 2019 für den Stadtbezirk Stieghorst**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 8022/2014-2020

Herr Bezirksbürgermeister Schäffer verweist auf die Beschlussvorlage des Bezirksamtes.

Ohne Aussprache ergeht folgender

**B e s c h l u s s:**

**Die Bezirksvertretung stimmt dem Programmvorschlag laut Anlage zu und beschließt, die genannten Veranstaltungen im Freizeitzentrum Stieghorst und im Eva-Gahbler-Haus zu fördern.**

- einstimmig beschlossen –

\* BV Stieghorst - 21.02.2019 - öffentlich - TOP 13 \*

-.-.-

**Zu Punkt 14.1 Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand**

*a) Parkplatz Osnungstadion  
(BV Stieghorst, 17.01.2019, TOP 3.5)*

Herr Skarabis berichtet, dass die Verwaltung die Vorstellung kostengünstigerer Planungsvarianten zur Verbesserung des Parkplatzes zur heutigen Sitzung nicht realisieren konnte. Eine reine Schotterung der Gesamtfläche sei in der letzten Sitzung von der Bezirksvertretung ausgeschlossen worden. Eine Option sei eine Pflasterung der linken Seite und eine Schotterung der rechten Seite (von der Einfahrt aus gesehen) sowie die Errichtung einer LKW-Sperre.

Herr stellvertretender Bezirksbürgermeister Henrichsmeier regt eine Pflasterung der Einfahrt, der Fahrwege und des Eingangsbereiches zum Stadion und eine Schotterung der Einstellplätze an.

Herr Akay (Vorsitzender SPD-Fraktion) bittet um Abstimmung der Alternativen mit dem Sportverein. Zur Kostendiskussion verweist er auf die regelmäßige Inanspruchnahme von Besuchern der Möbelmesse und bittet um Klärung, ob hier ein Kostenanteil initiiert werden könne.

Herr Möller (CDU-Fraktion) verweist darauf, dass die Nutzung von dieser Seite nur circa dreimal jährlich stattfindet.

Herr stellvertretender Bezirksbürgermeister Henrichsmeier möchte einen konkreten Planungsvorschlag der Verwaltung.

Herr Skarabis fasst zusammen, dass Vorschlag der Bezirksvertretung sei, zwei Fahrwege und den Eingangsbereich zu pflastern und den rechten Teil sowie die Parkbuchten insgesamt zu schottern sowie eine LKW-Sperre zu errichten.

Er sagt eine Abstimmung mit dem Sportverein zu, auch hinsichtlich der weiteren Alternative einen Teil komplett zu pflastern und den anderen Teil zu schottern.



*b) Erweiterung der Parkplatzfläche am Sportplatz in Ubbedissen  
(BV Stieghorst, 17.01.2019, TOP 3.12)*

Herr Skarabis berichtet, dass im Wirtschaftsplan des Immobilienservicebetriebes 2019 nicht ausreichend Mittel für eine Erweiterung der o. a. Parkplatzfläche zur Verfügung stehen. Diese sollen in den Wirtschaftsplan 2020 aufgenommen werden.

Herr Thole (Vorsitzender CDU-Fraktion) und Frau Fecke (SPD-Fraktion) bitten darum, die Planung zeitnah zu beginnen, damit eine belastbare Kostenschätzung für die Aufnahme im Wirtschaftsplan erfolgen könne.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

\* BV Stieghorst - 21.02.2019 - öffentlich - TOP 14.1 \*

---

*Die Tagesordnung ist um den Punkt 14.2 erweitert worden  
(siehe „Vor Eintritt in die Tagesordnung“, Seite 3 der Niederschrift).*

## **Zu Punkt 14.2 Stadtteilküche**

*Zeitlich behandelt nach TOP 9*

Herr Bezirksbürgermeister Schäffer verweist auf die Beratungen in der Sitzung des Betriebsausschusses Immobilienservicebetrieb (BISB) am 12.02.2019 zu der Informationsvorlage (Drucksachen-Nr. 7836/2014-2020) und bittet Herrn Dodenhoff um Erläuterung, inwieweit sich zeitliche Verzögerungen für den Bau der Stadtteilküche ergeben können.

Herr Dodenhoff verweist auf die Informationsvorlage, die in der letzten Sitzung der Bezirksvertretung Stieghorst behandelt worden sei und u. a. eine Kostenprognose und Aussagen über die bewilligten Fördermittel beinhaltet habe. Im BISB sei darüber diskutiert worden, ob an dieser Stelle nicht ein erneuter Beschluss für den Bau der Stadtteilküche gefasst werden müsse. Dieser liege zwar grundsätzlich für die Planung der Stadtteilküche vor (BV Stieghorst vom 08.06.2017); nunmehr werde noch ein Beschluss für den Bau der Einrichtung für erforderlich gehalten. Man habe sich entschlossen eine entsprechende Beschlussvorlage vorzubereiten, die aber frühestens in der März-Sitzung behandelt werden könne. Aufgrund der zeitlichen Bindung der Fördergelder solle der Bauantrag für die Stadtteilküche bereits im März eingereicht werden; geplanter Baubeginn sei Oktober 2019.

Herr Akay (Vorsitzender SPD-Fraktion) fragt konkret nach, ob die Bezirksvertretung einen entsprechenden Beschluss fassen müsse, die Stadtteilküche in der zuletzt vorgestellten Form zu bauen.

Herr Dodenhoff bestätigt dies und berichtet, dass zudem eine Empfehlung an den BISB erfolgen müsse, die Mehrkosten in den Wirtschaftsplan

mit aufzunehmen.

Herr Thole (Vorsitzender CDU-Fraktion) schildert, dass er im BISB die Frage gestellt habe, ob aufgrund einer Informationsvorlage 1,2 Millionen Euro vom ISB zur Verfügung gestellt werden könnten. Für die Baumaßnahme in der aktuellen Planungsfassung und mit der aktuellen Kostenschätzung sei bisher kein Beschluss gefasst worden. Im BISB sei auch gefragt worden, ob die Angelegenheit dann nicht auch erneut in der Bezirksvertretung beschlossen werden müsse. Er habe deshalb eine Beschlussvorlage erwartet.

Herr Akay (Vorsitzender SPD-Fraktion) und Herr Burauen (Vorsitzender Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen) bringen ihre Sorge über eine weitere Verzögerung des Projektes zum Ausdruck.

Herr Akay möchte nicht auf eine Beschlussvorlage warten, sondern den benötigten Beschluss heute beantragen.

Herr Burauen betont, dass die Menschen im Quartier auf die Realisierung der Stadtteilküche warten und die Fördermittel bereit stehen. Ein Beschluss zum Bau sei im Rahmen des INSEK-Verfahrens gefasst worden. Er unterstützt den von Herrn Akay angeregten Antrag.

Herr Thole stellt klar, dass das Verfahren aus seiner Sicht nicht korrekt abgelaufen sei. Man könne eine Vergabe von 1,2 Millionen EUR nicht ohne vorhandenen Beschluss vornehmen. Es seien Grundsätze einzuhalten; die Verwaltung habe seine Sichtweise bestätigt.

Im Folgenden wird das einzuhaltende Verfahren sehr kontrovers diskutiert.

Herr Dodenhoff erläutert nochmals, dass die Diskussion im BISB dahingehend geführt wurde, dass ein Beschluss zum Bau der Stadtteilküche gefasst werden müsse und die vorkalkulierten Mehrkosten neben den bereits veranschlagten Kosten im Wirtschaftsplan aufgenommen werden sollen.

Herr Akay bekräftigt, dass er den Antrag zu einer Beschlussfassung zum Bau der Stadtteilküche aufrechterhalte.

Auf erneute Nachfrage von Herrn Hoffmann (CDU-Fraktion), ob ein solcher Antrag ausreichend sei oder eine Beschlussvorlage der Verwaltung erfolgen müsse, erklärt Herr Skarabis, dass zu dem Tagesordnungspunkt Anträge gestellt werden können. Es sollte zur Konkretisierung dann ein Bezug auf die bereits behandelte Informationsvorlage erfolgen.

Herr Bezirksbürgermeister Schäffer lässt über den Antrag der SPD-Fraktion mit folgendem Wortlaut abstimmen:

*„Die Bezirksvertretung Stieghorst beschließt den Bau der Stadtteilküche gemäß den Vorgaben der Drucksache Nr. 7836/2014-2020 und empfiehlt dem Betriebsausschuss Immobilienservicebetrieb die Mehrkosten in den Wirtschaftsplan einzuplanen.“*

Es ergeht folgender

**B e s c h l u s s:**

**Die Bezirksvertretung Stieghorst beschließt den Bau der Stadtteilküche gemäß den Vorgaben der Drucksache Nr. 7836/2014-2020 und empfiehlt dem Betriebsausschuss Immobilienservicebetrieb die Mehrkosten in den Wirtschaftsplan einzuplanen.**

Dafür: 9 Stimmen

Dagegen: 8 Stimmen

- mit Mehrheit beschlossen –

\*BV Stieghorst - 21.02.2019 - öffentlich - TOP 14.2\*

---

---

Reinhard Schäffer  
Bezirksbürgermeister

---

Anke Machnik  
Schriftführerin